

15.02.2017

Positionspapier des Kooperationsverbundes Offene Kinder- und Jugendarbeit zum Reformprozess des SGB VIII

Die Kinder- und Jugendarbeit hat sich bisher nicht zu den aktuellen Reformbestrebungen des SGB VIII geäußert. Dies ist jedoch dringlich, da sie als Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendhilfe ebenso wie alle Arbeitsfelder von dem Reformprozess des SGB VIII betroffen ist, auch wenn ihr Kernparagraf 11 SGB VIII bisher nicht von dem vorgeschlagenen Entwurf eines „Gesetzes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen“ berührt ist. Gleichwohl würde die Kinder- und Jugendarbeit grundsätzlich durch Veränderungen im Grundzuschnitt des Gesetzes tangiert, vor allem in §1. Dies könnte den Bildungsauftrag der Kinder- und Jugendhilfe gefährden, welcher für die Kinder- und Jugendarbeit maßgeblich ist.

Der Kooperationsverbund Offene Kinder- und Jugendarbeit ist sich bewusst, dass der Arbeitsentwurf vom 23.08.2016 zurückgezogen wurde und am 03.02.2017 der „Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – KJSG)“ erschienen ist. Dieses Positionspapier soll jedoch trotzdem auf den veralteten Arbeitsentwurf eingehen, die Kritik an diesem aufzeigen und anhand dessen die Grundrichtung aufzeigen, in die eine Reform des SGB VIII aus der Perspektive der Offenen Kinder- und Jugendarbeit eigentlich angelegt *sein sollte*. In den vorliegenden Änderungsvorschlägen wird deutlich, dass das versprochene Motto „Vom Kind aus denken, Kinderrechte stärken“ im bisherigen Reformprozess nicht eingehalten wurde und die bisherigen Änderungsvorschläge diesem Motto zuwider laufen.

Das folgende Positionspapier des Kooperationsverbundes Offene Kinder- und Jugendarbeit soll den spezifischen Auftrag der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zur demokratischen Bildung des Subjekts in der Gesellschaft begründen und im Zuge dessen die Notwendigkeit für die gesamte Kinder- und Jugendhilfe aufzeigen. Eine Bildungsorientierung, verstanden als „Selbstbildung“ (vgl. Bundesjugendkuratorium 2002) ist dabei ein konstitutives Element der konzeptionellen ‚Einheit der Kinder- und Jugendhilfe‘. Diese ist damit Grundlage sowohl der Kinder- und Jugendarbeit wie auch für die Felder der Kindertageseinrichtungen, der Familienbildung und der Hilfen zur Erziehung. Die aktuellen Änderungsvorschläge gefährden jedoch eine solche gemeinsame Ausrichtung an Bildung, indem sie stattdessen eine Defizitorientierung stark machen.

Die Chancen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit für eine demokratische Subjektbildung

OKJA zeichnet sich durch Strukturbedingungen aus, die spezifische Chancen für die demokratische (Selbst-)Bildung des Subjekts in der Gesellschaft implizieren. Denn die Teilnahme an Jugendarbeit ist **freiwillig**. Das bedeutet, Adressatinnen und Adressaten können

selbstbestimmt entscheiden, ob sie ein Angebot wahrnehmen oder nicht. Fachkräfte der OKJA stehen damit strukturell vor der Herausforderung, die Interessen und Anliegen ihrer Adressatinnen und Adressaten berücksichtigen zu müssen. Dies hängt auch mit der namensgebende **Offenheit** der OKJA zusammen: Diese ist in Bezug auf ihre Adressatinnen und Adressaten, aber auch hinsichtlich der Themen offen. Denn es bestehen für die OKJA keine weiteren und von außen vorgegebenen Zielsetzungen, wie bspw. in der Schule oder in berufsorientierten Maßnahmen, und somit sind keine Inhalte vorgegeben. Ausgangspunkt sind vielmehr die Erfahrungen und Interessen der jungen Menschen und ihre Lebenswelten. Freiwilligkeit und Offenheit bewirken darum eine grundlegende **Diskursivität**: Da OKJA freiwillig und offen ist, bleibt ihren Fachkräften nichts anderes übrig, als mit Teilnehmenden immer wieder neu auszuhandeln, was gemeinsam wie getan werden soll. Die OKJA ist gerade auf Grund dieser Rahmenbedingungen *das* Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendhilfe in dem das ausgegebene Motto der Reform „Vom Kind aus denken, Kinderrechte stärken“ bereits seit Jahren konsequent und wirkungsvoll umgesetzt wird. Diese Bedingungen sind es, die Potentiale für eine demokratische Bildung schaffen, da sie eine Demokratie ‚im Kleinen‘ bilden. Es entsteht ein demokratisches Handlungsfeld, in dem die Beteiligten in der Verbindung von Eigenständigkeit und Gemeinschaftsfähigkeit (§ 1 SGB VIII) die Angelegenheiten, die sie in den Einrichtungen betreffen, gemeinsam entscheiden können und müssen. Als weiteres Strukturcharakteristikum kann man die **Kommunalität** der Einrichtungen bezeichnen; die offenen Einrichtungen haben nicht nur häufig kommunale Träger, sondern sind auch lokal in den Sozialräumen mit ihren spezifischen gesellschaftlichen Themen verortet.

Kinder und Jugendliche können und müssen in der OKJA demnach

1. entscheiden, ob sie an ihr teilnehmen und
2. gemeinsam mit allen Teilnehmenden (das schließt auch die Pädagoginnen und Pädagogen ein) aushandeln, welchen Themen/Konflikten/Anliegen sie sich auf welche Weise widmen wollen.

Und dies findet

3. nicht im leeren Raum statt, sondern mit Bezug zur Kommune und ihrer Öffentlichkeit, in der gesellschaftliche Themen artikuliert und ausgehandelt werden.

Damit ermöglicht OKJA eine Demokratiebildung, die sich nicht auf die Wissensaneignung und die konventionelle und stark institutionalisierte Politik zurückzieht, sondern bei den Interessen der Kinder und Jugendlichen ansetzen kann und darüber einen demokratischen Bezug zur Gesellschaft herstellt.

Das aktuelle SGB VIII gibt mit § 11 vor, wie diese Strukturen zu nutzen sind, also welche Aufgaben die Kinder- und Jugendarbeit hat und welche Ziele sie verfolgen soll. Kinder- und Jugendarbeit solle junge Menschen zur „Selbstbestimmung befähigen“, so die in § 11 erklärte Zielsetzung. OKJA soll demnach Kinder und Jugendliche so fördern, dass sie sich als Subjekte selbst bestimmen können. § 11 beschreibt gleichzeitig, wie dieses Ziel erwirkt werden soll,

nämlich durch Angebote, die an den Interessen der Kinder und Jugendlichen anknüpfen. Eine solche Anknüpfung an den Interessen der jungen Menschen ist von Scherr (1997) als „subjektorientierte Jugendarbeit“ ausbuchstabiert worden. Scherr hat deutlich gemacht, dass es dabei nicht um ein individualistisches Subjekt geht, dessen Selbstbestimmung endlos maximiert werden soll, sondern dass die Selbstbestimmung eines Subjekts in der Gesellschaft notwendigerweise durch die Selbstbestimmung der anderen Subjekte ihre Grenzen erfährt. Dieser gesellschaftliche Aspekt wird in § 11 ebenfalls berücksichtigt, wenn dieser die gesellschaftliche Mitverantwortung und das soziale Engagement der Kinder und Jugendlichen als weitere Zielsetzung bestimmt. Auch dazu gibt es eine Handlungsorientierung: Um junge Menschen dazu anzuregen, soll ihnen Mitbestimmung und Mitgestaltung ermöglicht werden. Zusammen betrachtet bestimmt § 11 SGB VIII die Aufgabe der Jugendarbeit als eine demokratische Bildung des Subjekts: Kinder und Jugendliche werden als selbstbestimmte Subjekte thematisiert, die in der Kinder- und Jugendarbeit durch konkrete Erfahrungen von Mitbestimmung und Mitgestaltung auch gesellschaftliche Mitverantwortung (inklusive eines sozialen Engagements) übernehmen lernen. Das heißt, sie können sich durch die praktische Ausübung demokratischen Handelns Demokratie aneignen.

Politisches Handeln von Kindern und Jugendlichen in der Gegenwartsgesellschaft

Eben diese Strukturen und gesetzlichen Vorgaben sind es, die Kindern und Jugendlichen eine besondere Form der politischen Bildung ermöglichen, die derzeit wichtiger denn je zu sein scheint (vgl. 15. Kinder- und Jugendbericht 2017). Denn betrachtet man die empirischen Ergebnisse der großen Jugendstudien wird deutlich, dass Jugendliche, um ihre Anliegen zu verfolgen, Formen politischen Handelns bevorzugen, die wenig mit den konventionellen und institutionalisierten Formen von Politik, wie den politischen Parteien, den Parlamenten und den Wahlen zu tun haben. Dies ist auch nicht überraschend, wenn – bei gleichzeitiger Zunahme des politischen Interesses – 69% der Jugendlichen der Meinung sind: „Politiker kümmern sich nicht darum, was Leute wie ich denken.“ (vgl. Shell 2016, S. 23). Stattdessen suchen sie nach weniger institutionalisierten Formen politischen Handelns, in denen sie „die eigenen Probleme, Sehnsüchte, aber auch (politischen und sozialen) Interessen artikulieren (können) – und zwar in ‚ihrer‘ Sprache und mit Bezug zu ‚ihren‘ Themen [...]“ (Calmbach/Borgstedt 2012, S. 77). Sie suchen also nach Formen politischen Handelns, in die sie ihre eigenen Interessen und teilkulturspezifischen Handlungsweisen mit einbringen können. Da der Zugang zu stark institutionalisierten Formen politischen Handelns für Kinder und Jugendliche erschwert ist, ist es nicht verwunderlich, dass sie weniger institutionalisierte Formen bevorzugen. Das bedeutet nicht, dass weniger institutionalisierte Formen auch weniger demokratisch sind. Van Deth (2013) kann zeigen, dass vor allem jene Partizipierenden, die nicht-institutionalisierte Formen politischen Handelns nutzen, demokratischere Werte vertreten, als jene, die konventionelle Partizipationsformen bevorzugen.

OKJA ist durch ihre Strukturen dazu in der Lage, ein solches demokratisch-politisches Handeln in weniger institutionalisierten Formen zu fördern. Denn sie greift zum einen die Interessen und Anliegen der Kinder und Jugendlichen auf und eröffnet ihnen zum anderen

Gelegenheitsstrukturen, um mitzubestimmen, auf welche Art und Weise die Anliegen gemeinsam bearbeitet, ausgehandelt und ggf. auch in der Öffentlichkeit artikuliert werden – sprich mit welcher Partizipationsform sich die Adressatinnen und Adressaten in die Gesellschaft einbringen wollen. Kinder und Jugendliche können in der OKJA mit ihrer Sprache und zu ihren Themen sozial und politisch partizipieren. OKJA kann Kindern und Jugendlichen damit ermöglichen, sich an Entscheidungsprozessen über sie betreffende Fragen und Angelegenheiten in den Einrichtungen der Jugendarbeit, aber auch darüber hinaus in der Kommune demokratisch zu beteiligen. Eine solche Demokratiebildung hat nicht nur Bedeutung für die jeweiligen Subjekte, also die Kinder und Jugendlichen, sondern für die gesamte demokratische Gesellschaft. Zum einen machen Phänomene wie die sogenannte ‚Politikverdrossenheit‘ oder der neue Autoritarismus und Zuspruch zur AfD oder zu Pegida deutlich, dass durchaus auch undemokratische Forderungen und Formen entstehen können, wenn Bürgerinnen und Bürgern nicht ermöglicht wird, ihre Themen mit ihrer Sprache in die demokratische Gesellschaft einzubringen. Zum anderen ist „eine demokratisch verfasste Gesellschaft [...] die einzige Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss, alle anderen Gesellschaftsordnungen bekommt man so“ (Negt 2010, S. 27). Dafür braucht es pädagogische und politische Institutionen, die solche Demokratiebildung ermöglichen und unterstützen. Aktuell gibt es außerhalb der Kinder- und Jugendarbeit nur wenig pädagogisch gerahmte Möglichkeiten, Demokratie auf diese Art und Weise zu praktizieren und somit zu erlernen: weder in der Schule, noch durch Konsum und auch nur bedingt in der Familie. Doch das Recht auf Teilnahme an Demokratie birgt ein enormes Inklusionspotenzial aller Gesellschaftsmitglieder in modernen Gesellschaften und realisiert sich erst durch das Erleben von Demokratieerfahrungen junger Menschen. **Kinder- und Jugendarbeit** ist ein bestens geeignetes pädagogisches Handlungsfeld, um solche Demokratieerfahrungen – gerade auch für jene Kinder und Jugendlichen, die sonst kaum Zugänge zu pädagogischen Angeboten haben – möglich zu machen.

Wie die Offene Kinder- und Jugendarbeit von den bisher vorgeschlagenen Änderungen des SGB VIII betroffen wäre.

Aktuelle Reformvorschläge hätten auch Veränderungen für die Offene Kinder- und Jugendarbeit und ihre Adressatinnen und Adressaten zur Folge, wenn auch der §11 selbst nicht von den Änderungen betroffen ist. Am deutlichsten wird dies aus Perspektive der OKJA vor allem in zwei Punkten:

- In den bisherigen Entwürfen werden aus berechtigten aktiven, demokratischen Bürgerinnen und Bürgern schlicht hilfsbedürftige Individuen.
- Der spezifische Auftrag der Kinder- und Jugendarbeit zur emanzipatorischen und demokratischen Bildung wird damit gefährdet.

Dies ist wie folgt zu begründen: Wie aus der Entwurfsfassung vom 23.08.2016 deutlich wird, ist davon auszugehen, dass die Änderungsabsichten nicht nur die befürwortete Inklusion von behinderten jungen Menschen beinhaltet, sondern damit vor allem auch konzeptionelle

Grundentscheidungen getroffen wurden. So kritisiert Karin Böllert (2016), dass „Teile der vorliegenden Arbeitsentwürfe die Vermutung nahe[legen], dass nicht der zwischenzeitlich erreichte, gemeinsam von Politik und Praxis geteilte Stand der Fachdebatten über eine Reform für deren Formulierung ausschlaggebend war. Vielmehr trägt der bisherige Entwurf in nicht wenigen Passagen eindeutig fiskalpolitisch gesteuerten Interessenlagen Rechnung, die jenseits einschlägiger Fachdiskurse stärker eine maßgebliche Ausgabenminderung als die fachliche Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe zum Ziel haben.“

Dies betrifft auch die OKJA insofern, als dass bspw. § 1 die gemeinsame Grundrichtung für die gesamte Kinder- und Jugendhilfe und somit auch für die OKJA bestimmt. Dort sollte, so der Entwurf, statt

„(1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“

nun stehen:

„(1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung, *Teilhabe am Leben* und auf Erziehung zu einer *möglichst selbstbestimmten* eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“

Mit der Formel „Teilhabe am Leben“, welche aus § 1 SGB IX übernommen, aber bedeutend gekürzt wurde (dort heißt es: „*gleichberechtigte* Teilhabe am Leben *in der Gesellschaft*“) und der neuen Kopplung der Begriffe „selbstbestimmt“ und „eigenverantwortlich“ wird das ursprüngliche Recht von jungen Menschen auf Mitentscheidung und Mitgestaltung der demokratischen Gesellschaft (also Teilhabe und Teilnahme) reduziert auf:

1. die „Teilhabe“ junger Menschen: junge Menschen werden hier zu Leistungsempfängerinnen und -empfängern, also zu Kundinnen und Kunden. Sie „haben“ bzw. „bekommen“ ihren „Teil“, sind aber nicht mehr an der Gesellschaft beteiligt. Und dort, wo die Gesellschaft im Arbeitsentwurf auftaucht, bleiben die Subjekte Individuen, die sich in die Gesellschaft einordnen, sich ihr anpassen müssen.
2. das ökonomische Individuum: ganz im Sinne der Individualisierung im neoliberalen Wohlfahrtsstaat wird den Individuen die Selbstbestimmung, somit aber auch die alleinige und volle Verantwortung zugesprochen. „Es gibt hier keine Gesellschaft mehr, sondern nur noch Individuen, die sich eigenverantwortlich durchschlagen und im Problem- oder Bedarfsfalle staatliche Leistungen erhalten, die auf der Basis von diagnostischen Bedarfsanalysen, Plänen und Steuerungsmechanismen die individuelle ‚Teilhabe am Leben‘ sichern oder wiederherstellen sollen“, so Benedikt Sturzenhecker (2017).

Das hat dann kaum noch etwas mit dem Begriff der Teilhabe zu tun, wie er von der Behindertenpädagogik ausbuchstabiert wird. Aber vor allem werden so aus gleichberechtigten Bürgerinnen und Bürgern, die in der demokratischen Gesellschaft partizipieren, Kundinnen und

Kunden eines Dienstleistungssystems. Dies ist mit dem bisherigen gesetzlichen Auftrag, sowie der Fachlichkeit der OKJA nicht vereinbar. Denn ein auf diese Weise individualisiertes Subjekt, das sich in die bestehende Gesellschaft einpassen muss, widerspricht der bisherigen Zielsetzung der OKJA auf Stärkung von Selbstbestimmung und demokratischer Mitwirkung, im Sinne einer emanzipatorischen Orientierung. Die von der OKJA aktuell (noch?) erwartete Demokratiebildung, eröffnet Kindern und Jugendlichen, Gesellschaft aktiv mitzugestalten, statt sie einfach nur an diese anzupassen.

Der KV OKJA spricht sich darum deutlich dafür aus, diese Entkopplung von Individuum und Gesellschaft nicht im Recht zu verankern, sondern die Reform des SGB VIII zu nutzen, um die lange überfällige Zielorientierung von Kinder- und Jugendhilfe auf (Selbst-)Bildung und Handlungsfähigkeit im Rahmen einer demokratischen Gesellschaft im Gesetz deutlicher zu verankern. Bisher hat das SGB VIII zwar deutlich die Partizipationsrechte von Kindern und Jugendlichen gestärkt, aber dieses pädagogische Handeln nicht explizit in den Rahmen einer demokratischen Gesellschaft eingeordnet. So könnte die bisher in § 1 SGB VIII formulierte Ausrichtung der Erziehung auf eine „eigenständige[...] und gemeinschaftsfähige[...] Persönlichkeit“, durchaus auch in autoritären Systemen stattfinden. Eine wirkliche Weiterentwicklung bestünde also darin in § 1 das Ziel der Entwicklung der Persönlichkeit in den Rahmen der demokratischen Gesellschaft zu stellen. Dann tritt die normative Orientierung des Gesetzes klar hervor (vgl. so bspw. Expertengruppe Zentrum Eigenständige Jugendpolitik 2013). Auch Inklusion wird erst durch die Verbindung mit dem Demokratischen für einen gesellschaftlichen Einbezug aller jungen Menschen qualifiziert.

Folgen der beabsichtigten Veränderungen für die Kinder- und Jugendhilfe im Allgemeinen

Wie Schrapper (2002) sind wir der Meinung, dass „Jugendhilfe nur als Ganzes gut“ wirkt. Das bedeutet, dass die Kinder- und Jugendhilfe dann ihren gesellschaftlichen Auftrag erfüllen kann, wenn sie zum einen als Sozialpädagogik um den gemeinsamen Bildungsanspruch aller Felder weiß und zum anderen die spezifischen Aufträge der jeweiligen Felder berücksichtigt. Aber eben diese gemeinsame sozialpädagogische Grundausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe scheint durch die Arbeitsentwürfe in Frage gestellt. Die Kinder- und Jugendhilfe wird, indem in weiten Teilen des letzten Arbeitsentwurfs statt des Begriffs der „Erziehung“ nun die Begriffe „Entwicklung“ und „Teilhabe“ und statt „Hilfe“ nun „Leistungen“ verwendet werden, ihres Charakters als Sozialpädagogik beraubt (vgl. Ziegler 2016). Auch im Wissen um die Ambivalenzen, die in den Begriffen von „Erziehung“ und „Hilfe“ stecken, sind sie doch Grundbegriffe der Sozialpädagogik, die auch ihre doppelgesichtige Position in der Gesellschaft markieren. Statt des Bildungsverständnisses der OKJA würde die Kinder- und Jugendhilfe mit den aktuellen Reformvorschlägen zu einer Dienstleistungssparte, die Leistungen mit Hilfe von Steuerungsinstrumenten verteilen würde. Der eigene Bildungs- und auch Erziehungsanspruch als gemeinsame Orientierung aller Felder würde aufgegeben. Besonders deutlich wird dies am Vorschlag einer „Sozialraumorientierung“ der Kinder- und Jugendhilfe. Diese im Entwurf vorgeschlagene Orientierung hat kaum noch etwas mit dem sozialraumorientierten Konzept der OKJA zu tun – mit seinem relationalen Raumbegriff, der das soziale Handeln der Menschen

fokussiert und nicht zur Einteilung von Verwaltungseinheiten dient –, vielmehr würde ihre bisherige ‚eigene‘ Sozialraumorientierung in der Kooperation mit den anderen Arbeitsfeldern unmöglich. Denn das Konzept der Sozialraumorientierung wird hier von der Reform in Anspruch genommen und auf lokale Steuerungs- und Kontrollinstrumente reduziert, die die Raumeignung von Menschen nicht thematisieren und so auch den Lebenswirklichkeiten der Kinder und Jugendlichen nicht gerecht werden kann.

Auch wenn derzeit Unklarheit darüber herrscht, ob eine Reform des SGB VIII in dieser Legislaturperiode noch zustande kommt – nicht zuletzt auf Grund der starken Kritik an diesem Vorhaben –, ist angesichts der ersten Entwürfe und ihrer inhaltlichen Änderungen des Grundzuschnitts des Gesetzes weiterhin große Vorsicht geboten. Insgesamt ist aus der Perspektive des Kooperationsverbundes Offene Kinder- und Jugendarbeit auch zukünftig nicht nur die Reduktion des Demokratischen und die Ausweitung des Wirtschaftlichen in den Entwürfen zur SGB VIII Novelle scharf zu kritisieren und zurückzuweisen, sondern gleichzeitig auch die Kinder- und Jugendhilfe aufzufordern, in Gegenentwürfen ihr sozialpädagogisches Selbstverständnis insbesondere mit der demokratischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen – auch im Sinne einer konzeptionellen Einheit der Jugendhilfe – in allen Feldern des Gesetzes zu stärken.

Kooperationsverbund Offene Kinder- und Jugendarbeit

Der Kooperationsverbund Offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein Zusammenschluss von Fachkräften aus der Praxis, Vertreterinnen und Vertretern der Hochschulen und Vereinen und Verbänden aus ganz Deutschland mit dem Ziel, die fachliche Weiterentwicklung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu fördern sowie ihre Sichtbarkeit auf der Bundesebene zu verbessern.

Die Sprecherin und Sprecher

Martin Bachhofer, Ulrich Kötter und Larissa von Schwänenflügel

Quellen

15. Kinder- und Jugendbericht (2017): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – 15. Kinder- und Jugendbericht – und Stellungnahme der Bundesregierung. BMFSFJ.
- Böllert (2016): Zur Reform des SGB VIII: Notwendige Sortierungen. In: neue praxis. Heft 5.
- Bundesjugendkuratorium (2002): Zukunftsfähigkeit sichern! – Für ein neues Verhältnis von Bildung und Jugendhilfe. Eine Streitschrift des Bundesjugendkuratoriums. Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums Dezember 2001. In: Münchmeier/Otto/Rabe-Kleberg (Hrsg.): Bildung und Lebenskompetenz. Kinder- und Jugendhilfe vor neuen Aufgaben. Opladen.
- Calmbach/Borgstedt (2012): „Unsichtbares“ Politikprogramm? Themenwelten und politisches Interesse von „bildungsfernen“ Jugendlichen. In: Kohl/Seibring (Hrsg.): "Unsichtbares" Politikprogramm? Bonn.
- Expertengruppe Zentrum Eigenständige Jugendpolitik (2013): Zur Förderung demokratischer Partizipation junger Menschen. Empfehlungen der Expertinnen- und Expertengruppe des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik. URL: http://www.allianz-fuer-jugend.de/downloads/Beteiligung_Empfehlungen_EiJP1.pdf [Zugriff 09.12.2016].
- Scherr (1997): Subjektorientierte Jugendarbeit. Weinheim.
- Schraper (2002): „Jugendhilfe wirkt nur als Ganzes gut.“ Bericht über die Aufgaben und Leistungen der Jugendhilfe im Kreis Pinneberg.
- Shell (Hrsg.) (2016): 17. Shell Jugendstudie. Jugend 2015. Zusammenfassung. Frankfurt/M. URL: <http://www.ljw.de/files/shell-jugendstudie-2015-zusammenfassung-de.pdf>
- Sturzenhecker (2017, i.E.): Zur Kritik der Entwürfe zur SGB VIII Novelle aus Sicht von Kinder- und Jugendarbeit nach §§ 11/12 SGB VIII. In: deutsche Jugend.
- Van Deth (2013): Sind Partizipierende die besseren Demokraten? In: Keil/Thaidigsmann (Hrsg.): Zivile Bürgergesellschaft und Demokratie. Wiesbaden.
- Ziegler (2016): Sozialpädagogik vs. SGB VIII Reform. In: neue praxis. Heft 5.